

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 41 (1947)
Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : um den Marshall-Plan ; Die Haltung Russlands ; Ein Wallace-Plan? ; Amerikanische Entwicklungen ; Der Weg Englands ; Frankreich im Kampf ; Und Deutschland? ; Wir sind gewarnt!
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138977>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fchen Sonderfchickfals, feines Geistes und feiner Miffion. Es folgt daraus auch, abgesehen von den praktifchen Gründen in der Not der Gegenwart, die Notwendigkeit eines religiöfen, geiftigen und intellektuellen Zentrums in Paläftina — wo vielleicht die Elite, der Kern des übergebliebenen Judentums, erneut Kraft und Befätigung finden kann, ein Zentrum der Regeneration, wo alle Funktionen des modernen und künftigen Lebens im Dienfte einer wirklich neu-geordneten menschlichen Gemeinschaft auf der Basis der jüdifchen Eigenart entfaltet werden können. In Anbetracht der heutigen Lage und aller ihrer politifch-ökonomifchen Gründe, Machtkämpfe und tieferer Hintergründe, fragt man fich allerdings, ob die Zeit für ein folches wirklich vollkommen gefichertes Zentrum, das auch für die ganze Richtung der fozialen und geiftigen Weiter-Entwicklung der neufelbftändigen afiatifchen Völker bestimmend wäre, schon gekommen fein kann, ob nicht alles dieses doch dazu verurteilt ift, die Stimme eines Rufenden in der Wüste zu bleiben. Wie dem auch fei, fo bedeutet ein Buch wie diefe Sammlung der Jerufalemer Univerfität einen fehr positiven Beitrag zur Klärung und zum Verständnis alles effentiellen in der heutigen Frage des Judentums. Nicht nur die jüdifche, fondern auch die nicht-jüdifche Welt kann feine Erfcheinen nur dankbar begrüßen.

E. V. S.

Weltrundschau

Um den Außere Gründe zwingen mich, die Weltrundschau
Marshall-Plan diesmal früher zu fchreiben, als es für die Fertigstellung des Juli-Auguft-Doppelheftes technisch notwendig gewesen wäre. Aber ich hoffe, der Schaden werde nicht groß fein; die Weltlage wird fich ja innert der nächften acht oder zehn Tage kaum wefentlich ändern. Ihr Bild wird, wenigftens für uns Europäer, für einige Zeit hinaus vor allem von den Auseinandersetzungen über den fogenannten *Marshall-Plan* bestimmt fein, der noch gar kein wirklicher Plan ift, defsen bloße Andeutung aber genügt hat, um die europäifchen Kabinette in fieberhafte Bewegung zu verfetzen und in ziemlich überftürzter Weife jene *Konferenz* der Außenminifter Englands, Frankreichs und Rußlands nach *Paris* einberufen zu laffen, die dann auch glücklich, nicht zuletzt wegen ihrer gänzlich ungenügenden Vorbereitung, gefcheitert ift.

Während ich dies fchreibe, hallt die weftliche Welt, und namentlich auch die Schweiz, immer noch wider von Anklagen und Vorwürfen (find fie immer fehr ernft gemeint?) gegen die Sowjetunion, die fchuld daran fei, daß Europa nun auf alle abfehbare Zeit hinaus in zwei

gegenfätzliche Lager zerrissen sei und keinen einheitlichen Plan für seine wirtschaftliche Wiederaufrichtung fertigzubringen vermöge. Aber ich muß gestehen: So sehr ich das russische Nein gegenüber den englisch-französischen Vorschlägen für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsorganisation sachlich bedaure, so kann ich doch in das ziemlich allgemeine Entrüstungsgeschrei, oder gar in die recht unverhohlenen Aeußerungen der Befriedigung über die neuerliche «Entlarvung» des russischen Spieles, nicht einstimmen. Auch wo keinerlei Tendenz oder Propagandaabsicht mitwirkt, scheint mir die Reaktion des überwiegenden Teiles unserer öffentlichen und privaten Meinung auf den Mißerfolg von Paris auf einer gewaltigen Ueberschätzung des Marshall-Planes und der sich daraus ergebenden realen Möglichkeiten zu beruhen.

Schon gleich als der Plan lanciert wurde, verkannte man in Europa, vielleicht unter dem Einfluß einer bestimmten Propaganda, fast allgemein seinen wirklichen Sinn. Eine Regierung um die andere beeilte sich, ihre Bereitschaft zur «Zusammenarbeit» mit Amerika, das heißt zur Einkassierung möglichst vieler Millionen Dollar in Form von Importanleihen, zu erklären, so daß man sich in Washington genötigt sah, energisch abzuwinken und klarzustellen, wie die Sache wirklich gemeint sei: so nämlich, daß sich *Europa selbst* auf einen umfassenden Wiederaufbau- und Wirtschaftsplan einigen solle, und daß dann erst Amerika schauen wolle, was es für die Ausführung dieses Planes mit *seinen* Hilfsmitteln tun könne.

Aber auch nachdem der Marshall-Plan so auf seine wirkliche Bedeutung zurückgeführt war, knüpften sich weit übertriebene Hoffnungen an sein Zustandekommen, Hoffnungen, die dann unvermeidlich enttäuscht werden mußten. Gewiß, sein Ausgangspunkt ist richtig: auf der einen Seite das reiche Nordamerika, bei dem die Hälfte des Weltgoldes und der industriellen Produktionskraft der Menschheit zusammengeballt liegt und das deswegen den Ausbruch einer neuen *Ueberproduktionskrise* befürchtet; auf der anderen das verarmte Europa — zu dem sich die hungernden Völkermassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gesellen —, das in einer *Unterkonsumtionskrise* steht, die in naher Zukunft einen eigentlichen wirtschaftlichen und auch politischen Zusammenbruch herbeizuführen droht. Diesen ungeheuerlichen, verbrecherischen Widerfinn des kapitalistischen Systems zu beseitigen, das wäre allerdings eine zentrale, ja entscheidende Aufgabe unserer Zeit, deren Lösung des Schweißes der Edelsten wohl wert wäre. Aber bietet der Marshall-Plan wirklich Aussicht auf eine solche Lösung?

Davon kann im Ernste doch gar keine Rede sein. Der Marshall-Plan und seine Grundlage, der von Bevin und Bidault ins Auge gefaßte europäische Wirtschaftsplan, bleibt durchaus im Rahmen der *kapi-*

talistischen Produktions- und Verteilungsweise, welche die heutige Weltnot erst erzeugt hat. Er will nicht die *Ursachen* des Widerfinns beseitigen, der sich unseren Augen enthüllt, sondern nur seine *Folgen* mildern: durch Kredite der Vereinigten Staaten an die güterhungrigen, aber dollararmen europäischen Länder, die auf Grund eines eigenen Produktions- und Konsumtionsplanes einen möglichst großen Teil der amerikanischen «Ueberproduktion» aufnehmen und dazu beitragen sollen, die gefürchtete internationale Wirtschaftskrise hinauszuzögern. Auf weitere Sicht ist das sogar vom Standpunkte des amerikanischen Kapitalismus aus eine gefährliche Sache; denn wenn Europa auf diese Weise wirtschaftlich, vor allem industriell, auf eigene Beine gestellt sein und wieder selbständig gehen lernen wird, hat es dann noch lange amerikanische Krücken nötig? Braucht es dann noch soviel Blutzufuhr von drüben her, daß damit für Amerika ein rentables Geschäft möglich bleibt? Mit anderen Worten: Wird dann die hinausgeschobene Krise nicht trotzdem kommen, vielleicht sogar in noch heftigerer Form?

Aber zugegeben: *eine Zeitlang* mag das von Marshall und seinen Beratern ins Auge gefaßte Mittel zur Wiederankurbelung der europäischen Wirtschaft, wie alle kapitalistischen Krisenheilmittel, seine Wirkung schon tun, und darin liegt denn auch sein relatives Recht, das keineswegs verkannt sei.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man, wenn man sich den Marshall-Plan von Europa aus ansieht. Seine Voraussetzung ist, wie gesagt, daß sich die europäischen Länder auf einen *eigenen* Wirtschaftsplan einigen, daß sie sich zunächst selbst zu helfen suchen, um der amerikanischen Hilfe teilhaftig zu werden. Auch das ist an sich durchaus vernünftig. Aber sofort meldet sich doch auch die Frage: Nach welchen *Grundsätzen* soll sich Europa zu helfen suchen? Auf dem Boden welches *Wirtschaftssystems* soll Europa wieder aufgebaut werden, auf dem Boden des Kapitalismus oder auf dem des Sozialismus? *Darüber* möchte Europa doch vor allem ins Klare kommen, und je nachdem würde sich dann Amerika über seine Mitwirkung zu entscheiden haben. Natürlich *ist* sich Europa auch, sind sich insbesondere die maßgebenden europäischen Regierungen, durchaus klar über den Boden, auf den ein Wiederaufbauplan gestellt werden muß, an dem sich Amerika soll beteiligen können: es kann nur die *kapitalistische* «Ordnung» sein, die diese Bedingung erfüllt, und zum Ueberfluß reibt man das ihnen von amerikanischer Seite auch noch recht kräftig unter die Nase¹⁾. Dabei sei noch ganz von dem Widerstand abgesehen,

¹⁾ Der republikanische Senator Ball, der Präsident der Budgetkommission des Senats, erklärte in einer Radioansprache ganz eindeutig, die Vereinigten Staaten dürften *einem sozialistischen Europa ihre Hilfe nicht gewähren*. „Wenn es sich bei der Regelung der europäischen Fragen darum handelt, nur noch zwischen Sozialis-

den auch eine streng auf kapitalistischem Boden bleibende Wirtschaftshilfe an Europa in der amerikanischen Bundesversammlung wahrscheinlich finden wird; die famose «Hilfsaktion» für Griechenland und die Türkei ist vom Parlament bis heute noch nicht endgültig genehmigt.

Die Haltung Rußlands Kann man es unter diesen Umständen den *Russen* so sehr verübeln, daß sie an der Möglichkeit zweifeln, einen gesamteuropäischen Wirtschaftsplan zu entwerfen, der nicht von vornherein auf die Bedürfnisse des internationalen Kapitalismus und des amerikanischen Imperialismus zugeschnitten wäre? Gewiß, wir hätten gewünscht, daß die Sowjetunion dennoch mitgemacht und wenigstens zu einem *Versuch* die Hand geboten hätte, einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der auch *ihren* Bedürfnissen entgegengekommen wäre, statt sich unter Berufung auf die nationale Souveränität, dieses größte Hemmnis internationaler Zusammenarbeit, einem Schritt zu widersetzen, der trotz allem vielleicht doch in der Richtung auf eine Weltplanwirtschaft in sozialistischem Sinne hätte führen können. Es hätte sich dann bald gezeigt, ob die Sowjets mit der Labourregierung und mit dem immerhin auch von Sozialisten verwalteten Frankreich hätten zusammenwirken können, um einen irgendwie sozialistisch inspirierten Wiederaufbauplan fertig zu bringen und gegen amerikanisch-kapitalistischen Widerstand zu verteidigen, oder ob sie sich wirklich, wie sie von vornherein als gegeben annahmen, einer kompakten Mehrheit von kapitalistischen oder kapitalistisch beeinflussten Ländern gegenübersehen hätten, deren Beschlüssen sie wehrlos ausgeliefert gewesen wären. Die «Entlarvten» wären dann nicht *sie* gewesen, sondern ... andere! Statt dessen haben die Russen aus dem Gegensatz der beidseitigen Wirtschaftssysteme sozusagen eine dogmatische Frage gemacht und, die tatsächliche Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Sowjetkommunismus mit einigen unglücklich stilisierten Redensarten verhüllend,

mus und Kommunismus zu entscheiden, nicht aber zwischen Kommunismus und Freiheit, dann kann man sagen, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich ist. Wir werden in diesem Falle besser daran tun, unsere Kräfte für diesen Zusammenstoß aufzusparen.“ Hinsichtlich des Sozialismus in *England* zeigte sich der Herr Senator nicht sehr besorgt; die Engländer, so meinte er, würden sich ihrer Sozialisten schon zu entledigen wissen.

Daß die Wiederaufrichtung der *deutschen* Wirtschaft insbesondere, die im Mittelpunkt des kommenden Europaplanes stehen soll, nach amerikanischer Auffassung nur im Geiste des „privaten Unternehmertums“ möglich ist, weiß man überall zur Genüge, und daß die britische Regierung ihre frühere Absicht, die rheinisch-westfälische Großindustrie zu sozialisieren, gegen den amerikanischen Widerstand weder durchsetzen *kann*, noch es überhaupt *will*, das ist ebenfalls ein offenes Geheimnis.

ihre Beteiligung am Marshall-Bevin-Plan in so schroffer Form abgelehnt, daß ihre Gegner leichtes Spiel hatten, sie wieder einmal als die ewigen Böfewichter und Störenfriede hinzustellen.

Wenn man jetzt behauptet, daß die Sowjetunion «als totalitäre Macht jede engere internationale Zusammenarbeit grundsätzlich ablehne» («Neue Zürcher Zeitung» vom 3. Juli), so macht man sich damit die Erklärung des russischen Nein freilich gar zu einfach. Die Sowjetunion war auch in den Dreißigerjahren eine totalitäre Macht, und doch war gerade sie — in der Aera Litwinow — die konsequenteste Vorkämpferin einer engen internationalen Zusammenarbeit, der kollektiven Sicherheit und der solidarischen Abwehr des Faschismus und Nazismus. Was taten aber die nicht totalitären, die «demokratischen» Westmächte? Sie brachten — unter dem Drucke kapitalistischer Klasseninteressen — alle diese Bemühungen planmäßig zum Scheitern. Sie ließen, passiv und aktiv, den Nazismus und Faschismus groß werden. Sie weigerten sich hartnäckig, irgend etwas zu unternehmen, das die Stellung der faschistischen Diktatoren hätte erschüttern oder ihre Ausdehnungspolitik abstoppen können. Sie opferten ihnen die Völker Chinas, Abessinians, Spaniens, Oesterreichs und der Tschechoslowakei kaltblütig auf und schlossen die Sowjetunion von der maßgebenden internationalen Mitsprache absichtlich aus; ja es fehlte nicht an nachdrücklichen Versuchen, Deutschland, Italien und Japan auf Rußland zu hetzen — zum Vorteil des lachenden Dritten. Und jetzt, da der kapitalistische Imperialismus, diesmal unter amerikanischer Führung, stärker dasteht als je und sich die sowjetfeindliche, bereits mit Krieg drohende Weltaktion mit einer Folgerichtigkeit entwickelt, die früher — wenn man von den Interventionskriegen absieht — kaum je erreicht wurde, jetzt markiert man Verwunderung oder Empörung, daß die Russen die Existenz eines internationalen Kapitalismus nicht plötzlich vergessen und sich den Westmächten nicht glücklich an den Hals werfen? Man kann die Heuchelei auch zu weit treiben!

Und wenn General Marshall gar behauptet, die Russen wollten darum nicht auf seinen Plan eintreten, weil sie «die Absicht hätten, das menschliche Elend zu verlängern, um es dann politisch und sonst auszubeuten», so steigt er damit auf ein derartig tiefes Niveau sowjetfeindlicher Demagogie herunter, daß wir ihm hier wahrlich nicht folgen sollten. Nicht viel weniger irreführend und ungerecht ist es aber auch, wenn man — wie es beispielsweise Unterstaatssekretär Clayton und Senator Fulbright tun — von Amerika aus den Eindruck erwecken will, Rußland sei dem notleidenden Mittel- und Westeuropa Hilfe schuldig, die es ihm nur aus Egoismus verweigere, wo doch Rußland, wie kaum ein zweiter Staat, *selbst Anspruch auf Hilfe hat*. Es tut darum gut, wenn jetzt gerade von amerikanischer Seite die wahre

Lage Rußlands so sachlich und anständig geschildert wird, wie das in dem Buch «Stalin must have peace» («Stalin braucht den Frieden») von Edgar Snow der Fall ist. Snow, ein weitgereifter Journalist, der mit der Sowjetunion aus jahrelanger Bekanntschaft gründlich vertraut ist, fordert seine Landsleute auf, sich doch einmal redlich in die Lage der Russen hineinzudenken:

„Ueber sieben Millionen Soldaten der Roten Armee wurden von den Deutschen und ihren Verbündeten getötet und dazu fünf bis sechs Millionen Zivilisten. Zwei Dutzend russische Soldaten starben für jeden geopferten Amerikaner und etwa zehn für jeden alliierten europäischen Soldaten, eingeschlossen die britischen, kanadischen, australischen, neuseeländischen, indischen, griechischen, südafrikanischen, französischen, holländischen, dänischen und belgischen Verluste...

Mehr als 800 000 Quadratmeilen russischen Bodens waren von den Deutschen und ihren Verbündeten besetzt... Was die Russen befreiten, war in der Hauptsache eine Wüste voll wertlosen Schuttes; die großen Städte darin waren zu 30 bis 90 Prozent zerstört. Im ganzen wurden sechs Millionen Wohnungen und Häuser, die 25 Millionen Menschen ein recht armseliges Obdach boten, ‚vom Faschismus aufgezehrt‘, wie die Russen sagen... Man stelle sich vor, daß die ganze Bevölkerung von New York City, Chicago, Philadelphia, Detroit, Baltimore, Cleveland, St. Louis, Boston, Pittsburgh, Washington, San Francisco, Milwaukee, Buffalo und New Orleans durch den Krieg obdachlos geworden wäre. Wieviele von uns würden sich dann noch darum kümmern, ob den Deutschen gesagt wird, wie sie zu stimmen haben? Oder ob die Rumänen (die einzig in Odessa 200 000 Sowjetbürger abgeschlachtet haben), ‚absolut freie Wahlen‘ bekommen? Oder ob die Oesterreicher (von denen 700 000 freiwillig für den Führer kämpften) einige ihrer Fabriken verlieren?

All das gehört heute zum Hintergrunde der Sowjetpolitik in Europa. Wenn wir es ganz außer acht lassen, gibt es für uns keine Brücke zum russischen Denken hin — auch nicht zu Jugoslawien, das von einer Bevölkerung von 17 Millionen volle 1,6 Millionen verloren hat, und nicht zu Polen, wo fünf Millionen Einwohner von den Deutschen getötet wurden.“

In Rußland denkt man jedenfalls an das alles fortwährend und fragt sich, wieso die Westalliierten zwar Deutschland, Italien und Japan, ihren früheren Feinden, kräftig unter die Arme greifen, hingegen Rußland, ohne dessen heroischen Widerstand sie heute vermutlich die Segnungen des Tausendjährigen Reiches genießen, bisher kühl sich selbst überlassen haben. Die Antwort geben die Exalliierten ja selber: Man will nicht auch noch den Sozialismus oder Kommunismus unterstützen, sondern sein Pulver für den großen Endkampf zwischen Freiheit und Knechtschaft trocken halten. Wiederum aber: Wer wundert sich eigentlich angesichts all dieser Tatsachen noch darüber, daß auch den Russen der Gegensatz Kapitalismus-Kommunismus ständig in Gedanken ist, und daß sie die Annahme nicht zu teilen vermögen, der Wiederaufbau Europas könne selbstverständlich nur auf dem Boden des bewährten westlich-kapitalistischen Regimes unternommen werden? Ich für meinen Teil wundere mich jedenfalls nicht; ich wäre im Gegenteil erstaunt gewesen, wenn die Sowjetunion ohne weiteres in Paris mitgemacht und keine Einwendungen dagegen erhoben hätte,

daß die europäische Wirtschaft in Einklang mit der amerikanischen Vorstellung vom «freien Unternehmertum» gebracht werde. Ein großes Unglück ist das Abseitsstehen der Russen sicher nicht; mag jetzt der Westen zeigen, was er mit *seinen* Methoden für die Wiederingangsetzung der Produktion und die Verhinderung einer neuen Krise zu leisten vermag²⁾.

Ein Wallace-Plan? Der Westen *könnte* es auch zeigen — aber nur wenn er von den neukapitalistischen Wirtschaftsmethoden Amerikas mindestens ebenso entschieden abrückte, wie er von den sowjetkommunistischen Methoden abrückt, etwa auf der Linie des Planes, den Henry *Wallace* jetzt so unermüdlich vertritt. Dieser Plan beruht — ich folge hier einem Aufsatz von H. N. Brailsford im «New Statesman» — auf dem einfachen Gedanken, daß

„die größte soziale Aufgabe, vor der die Menschheit steht, die Hebung des Lebensstandes der landwirtschaftlichen Bevölkerungen auf die Höhe desjenigen der Industriebevölkerung ist... Ob Bulgarien oder Bengalen, die Wurzel des Übels ist die gleiche: Zuviel Menschen müssen sich, nur halb beschäftigt, mit rohen Werkzeugen abmühen, aus ihrem Zwergbetrieb auch nur den baren Lebensunterhalt herauszuholen. Der erste vernunftgemäße Schritt einer glücklicheren Zukunft entgegen muß darin bestehen, den Kampf um den Boden dadurch zu entlasten, daß man einem Teil dieser Menschen die Möglichkeit industrieller Beschäftigung gibt. Der kurz-sichtige amerikanische Fabrikant möchte, wie sein britischer Kollege, diese im Grunde koloniale Wirtschaft solange als möglich aufrechterhalten wissen, in der Hoffnung, für die amerikanische Industrie den Löwenanteil bei der Belieferung rückständiger landwirtschaftlicher Gebiete mit exportierten Verbrauchsgütern zu sichern. Wallace hingegen schlug vor, es müsse die Haupttätigkeit und der Ruhm der amerikanischen Industrie werden, diese Länder mit Maschinen auszustatten...

²⁾ Ich bin hier ausnahmsweise einmal mit Professor *W. Röpke* einig, der (in der „NZZ.“) meint, man habe auf einen Erfolg der Pariser Konferenz nur hoffen können, „wenn man ernstlich mit der Möglichkeit rechnete, daß Moskau sich der westlichen Gruppe einordnete“. Wer nicht einsehe, daß daran nicht zu denken sei, der unterliege der Gefahr, „daß man die Russen für böswillige Friedensstörer hält und auch dramatisch dafür ausgibt, während es zum wenigsten in diesem Falle klar ist, daß schon die wirtschaftliche Logik die echte und aufrichtige Kooperation ausschließt“. Zwischen den diametral verschiedenen Wirtschaftssystemen der Sowjetunion und der Westmächte gebe es nun einfach einmal keine Verständigung. Herr Röpke plädierte darum natürlich für eine Zurückverwandlung der westeuropäischen Wirtschaftsweise „in eine auf gesunder Goldgrundlage ruhende Marktwirtschaft“, d. h. in den klassischen liberalen Kapitalismus. Für europäische Regierungen, die „die Flagge des Sozialismus an den Mast genagelt haben“, schließe das zwar schmerzliche Opfer ein. „Aber die Lage Europas hat sich so zugespitzt, daß diese Selbstverleugnung ganz eindeutig der Preis geworden ist, der für die Rettung unseres alten Kontinents bezahlt werden muß.“

Das ist wenigstens deutlich! „Zurück zum Kapitalismus — oder Europa bricht vollends zusammen.“ Einen dritten Weg — Vorwärts zum Sozialismus! — sieht Herr Röpke in diesem Falle natürlich nicht. Ob ihn Bevin sieht?

Sein Interesse galt nicht weniger der Ausarbeitung der Bedingungen, unter denen zurückgebliebene Staaten sich diese maschinelle Ausrüstung auf Grund tragbarer Kredite sichern könnten, ohne die politischen Satelliten und Hörigen der Großmacht zu werden, die sie beliefert. Er war erleuchtet genug, um zu verstehen, daß eine solche Politik, sofern sie in beiden Erdhälften ein Menschenalter lang fortgesetzt würde, für Amerika selbst die sicherste Gewähr für Vollbeschäftigung wäre.“

Die sicherste Gewähr auch, wie Wallace immer wieder betont, für die Aufrechterhaltung des Völkerfriedens, der immer am meisten durch Not und wirtschaftliche Zerrüttung bedroht sei, sowie für die Ueberwindung des Kommunismus, der in den gleichen Uebeln seinen besten Nährboden finde.

Man erkennt sofort den Gegensatz dieses Programms zu dem jetzt von Truman und Marshall vertretenen, das Wallace «sowohl demoralisierend als unzulänglich» nennt.

„Dieses Zwei-Welten-Programm“, so sagte Wallace in einer seiner Londoner Reden, „ist kostspielig und es ist wirkungslos. Es wird im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus ins Werk gesetzt. Statt dessen wird es zu kommunistischen Revolutionen führen. Der Kommunismus tritt dort auf, wo in Armut versunkene Millionen nicht durch die Demokratie aus ihrer Armut herauskommen und eine höhere Lebenshaltung erstreben können. Der Kommunismus ist eine Idee für die Ueberwindung von Armut und Ausbeutung. Mit Tanks und Kanonen kann er nicht zerstört werden. Er kann nur durch eine bessere Idee überflüssig gemacht werden; er kann nur überwunden werden, wenn Armut und Ausbeutung nicht mehr zur Demokratie gehören... Wenn wir aber unsere moralischen und materiellen Mittel an verdorbene und undemokratische Regierungen hin vergeuden, dann handeln wir als die besten Agenten, die der Kommunismus je hatte.“

Wie armfelig steht die Truman-Doktrin neben dieser Wallace-Doktrin da! Aber wie überlegen ist der Wallace-Plan auch dem Marshall-Plan! Hier wird nicht auf die Reorganisierung Europas nach kapitalistischem Muster abgestellt, wird nicht die Eingliederung eines mühsam und nur scheinbar wiederzugesammelflickten alten Europa in ein notwendigerweise von Amerika beherrschtes Weltwirtschafts- und Weltmachtssystem angestrebt, sondern der Aufbau einer *neuen* Welt auf einer sehr praktischen, sehr realistischen und gleichzeitig doch so idealistischen, sagen wir besser: gerechtigkeitsgetränkten Grundlage, unter der geistigen und materiellen Führung der Vereinigten Staaten, die nicht zu warten hätten, bis ein europäischer Einheitsplan vorliege, sondern von sich aus die Initiative zur Verwirklichung eines New Deal für die ganze Welt zu ergreifen hätten. Sollten wir nicht in *dieser* Richtung die Lösung des Weltproblems suchen, statt darüber zu klagen, daß mit dem Scheitern der Pariser Konferenz die Hoffnung auf einen gesamteuropäischen Wirtschaftsaufbau zerstört und die Spaltung unseres Erdteils in zwei sich feindselig gegenüberstehende Lager endgültig zur Tatsache geworden sei?

Wir sollten schon. In Wirklichkeit wird aber jetzt einfach der

Marshall-Plan *ohne* Rußland und seine Satelliten weiterverfolgt und womöglich durchgeführt werden; die neue Pariser Konferenz, die in den nächsten Tagen beginnen soll, stellt bereits die erste Etappe auf diesem Wege dar. Auch das kann sein Gutes haben, zumal wenn es nicht zur Bildung eines eigentlichen Westblockes kommt und im Gegenteil versucht wird, die wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zwischen Ost und West illusionsfrei zu verstärken. Wünschen wir allen Bemühungen darum Erfolg; seien wir uns aber auch immer klar bewußt, daß nur eine gründliche Abkehr von den Wegen, welche die Welt bisher gegangen ist, den Völkern Rettung bringen kann.

Amerikanische Entwicklungen Ob und wie bald es dazu kommen wird, das hängt, wie immer wieder gesagt werden muß, in stärkstem Maße insbesondere von der *inneramerikanischen* Entwicklung ab. Hier triumphieren vorläufig freilich die reaktionären Mächte. Das neue gegen die *Gewerkschaften* gerichtete Gesetz, das sogenannte Taft-Hartley-Gesetz, ist nun, trotz dem Einspruch des Präsidenten, tatsächlich in Kraft getreten und wird seine unheilvollen Wirkungen ausüben. Herr Truman selber hat böse Vorahnungen.

„Die Vorlage“, so stellte er in seiner Vetobotschaft fest, „ist eine offenkundige Bedrohung des erfolgreichen Funktionierens unserer demokratischen Gesellschaft. Eine der Hauptlehren der jüngsten Weltgeschichte ist, daß freie, lebendige Gewerkschaften ein starkes Bollwerk gegen das Aufkommen totalitärer Bewegungen sind. Wir müssen darum ständig auf der Hut sein, um nicht in der Abwehr gewerkschaftlicher Mißbräuche den Beitrag zu zerstören, den die Gewerkschaften an die Kraft unserer Demokratie leisten.“

Diese Vorlage würde unsere Gewerkschaftsbewegung weithin lahmlegen. Und sie würde unsere nationale Einheit weithin zerstören. Durch Aufrichtung von Schranken zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum und durch die Verquickung normaler wirtschaftlicher Entscheidungen mit politischen Erwägungen würde sie die Gewerkschaften veranlassen, ihre Ziele durch direkte politische Aktion zu erstreben. Ich glaube, es wäre für unser Land äußerst gefährlich, auf klassenmäßiger Grundlage politische Aktionen zu entfalten.“

Herr Truman meint natürlich nur klassenpolitische Aktionen der *Arbeiter*, die bisher so steuerlos im Fahrwasser der herrschenden Parteien segelten. Denn daß sich das *Bürgertum*, genauer das konservative Großbürgertum, seiner Klasseninteressen im höchsten Maße bewußt ist, das beweist gerade seine Aktion zur Lähmung, ja Zerstörung der Gewerkschaften wiederum schlagend, wie überhaupt die ganze innere Politik der Vereinigten Staaten durchaus im Zeichen der wiedererwachten und neugestärkten sozialen Reaktion steht.

Das gleiche gilt für seine äußere Politik, wie ich hier wiederholt zu zeigen versucht habe. Dabei tritt in der letzten Zeit *ein* Zug dieser Außenpolitik besonders auffällig hervor, der früher überhaupt fehlte: der wachsende Einfluß *militärischen* Denkens und militärischer Stellen auf die Staatsführung. «Jedermann weiß», so bemerkt Edgar Snow

in dem vorhin erwähnten Buch, «daß seit Roosevelts Tod unsere auswärtige Politik mehr und mehr von Generälen und Admiralen bestimmt wird auf Grund der — wie sie meinen — ‚strategischen Notwendigkeiten‘ in einem allfälligen Kriege mit Rußland.» Und von den andauernd gesteigerten und immer weiter ausgedehnten Rüstungsmaßnahmen, insbesondere auch von der beabsichtigten Vereinigung aller Wehrmachtzweige unter einheitlicher Leitung, befürchten die amerikanischen Liberalen sogar eine eigentliche Militarisierung der Vereinigten Staaten. Von dem jetzt vor der Bundesversammlung liegenden Gesetz über die neue Militärorganisation sagt der Senator McCarthy aus Wisconsin geradezu, es werde «in den nächsten 20 Jahren dem Militär vollständige und unbeschränkte diktatorische Herrschaft über das bürgerliche Leben geben». Aber die wachsende Ueberzeugung, daß Amerika angesichts der russischen Absichten nur noch die Wahl zwischen Militarisierung und Bolschewisierung habe, bringt in den offiziellen Kreisen und der von ihnen geleiteten öffentlichen Meinung eben jede Kritik zum Schweigen.

Freilich, es regt sich in der letzten Zeit auch das *andere*, das fortschrittliche Amerika wieder kräftiger als auch schon. Vor allem die Arbeiter, offenbar allmählich doch zu dem von Truman so gefürchteten Bewußtsein ihrer Klassenlage erwachend, protestieren massenhaft, mit Kundgebungen und Streiks, gegen das neue Gewerkschaftsgesetz, und die Bewegung für einen Zusammenschluß der beiden Spitzenverbände der amerikanischen Gewerkschaften hat dadurch einen frischen, hoffentlich etwas länger wirkenden Antrieb erhalten. Aber auch die Außenpolitik der Regierung Truman-Marshall findet zunehmende Opposition in breiten Schichten der Bevölkerung, und wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, so wird die Bewegung für einen Gesamtumschwung der amerikanischen Politik in den kommenden Jahren immer stärker werden.

Ein Anzeichen dafür ist der erstaunliche Erfolg der Vortragsreise, die Henry Wallace nach seiner die Geister aufrüttelnden Reise durch Westeuropa kürzlich kreuz und quer in den Vereinigten Staaten herum gemacht hat. «Auf meiner Fahrt durch das Land hindurch», so berichtet er in seiner «New Republic», «habe ich bisher zu mehr als 100 000 Amerikanern von Angesicht zu Angesicht gesprochen. Mehr als je bin ich sicher, daß *sich ein neuer Geist in Amerika regt*, der sich innert kurzem in Washington und in der ganzen Welt fühlbar machen wird.» Und wiederum: «Das Volk schickt sich an, seinen Vormarsch zu einem fortschrittlichen Amerika wieder aufzunehmen... Die tiefen und störenden Spaltungen in der fortschrittlichen Bewegung verhindern allein noch das rasche Auftreten einer neuen politischen Kraft im amerikanischen Leben.»

Das ist — so betrüblich die Uneinigkeit im oppositionellen Lager

an sich auch ist — gute Kunde. Weder die beiden historischen Parteien noch die mehr und mehr gleichgeschaltete Presse noch das ebenfalls so ziemlich von allen liberalen Elementen gefäüberte Radio geben allerdings dem beginnenden Umschwung der Volksmeinung angemessenen Ausdruck; die Verschwörung des Schweigens hält dicht. Aber das zeigt nur wieder einmal die tiefe Kluft an, die sich trotz formaler Presse- und Redefreiheit zwischen dem offiziellen Beeinflussungsapparat und dem wirklichen Volkswillen auch in den Vereinigten Staaten aufgetan hat, wobei uns freilich stets gegenwärtig bleibt, daß die Möglichkeit des Durchdringens einer Oppositionsbewegung grundsätzlich wie tatsächlich dennoch besteht. «Das Volk fühlt», wie Wallace bemerkt, «in wachsendem Maße, daß die Presse seine Wünsche nicht weitergibt und oft genug sogar gegen seine Interessen arbeitet. Es fühlt, daß es von der Presse fernerhin nicht die Wahrheit erwarten kann. Das ist für mich ein wirklicher Grund zur Beunruhigung in einer Demokratie³⁾. Infolge der extremen und blinden Parteilichkeit unserer Verleger und ihrer Bereitschaft, ihre Macht durch parteiische Färbung des Nachrichtensstoffes zu mißbrauchen, verliert unsere freie Presse reißend schnell das Vertrauen des Volkes.»

Ein neuer Beleg für die Notwendigkeit, das Pressewesen — und dazu den Radiobetrieb — *radikal* umzugestalten, wenn die heutige, kapitalistisch verfälschte und mißbrauchte Demokratie zu einer wirklichen Demokratie werden soll!

Der Weg Englands Wie bedeutsam auf die Länge die fortschrittliche Bewegung in den Vereinigten Staaten auch werden mag — für die *nächste* Zeit, das heißt bis mindestens zur Präsidentenwahl Ende 1948, wird sie den Kurs der amerikanischen Außenpolitik nicht umzubiegen imstande sein. Ebenfowenig wird man dies aber von der sozialistischen Bewegung in *England* und ihrem Organ, der Labourregierung, erwarten dürfen. Professor H. Laski hat zwar kürzlich («Rote Revue», Juniheft) gemeint:

«Mr. Trumans Außenpolitik ist die Außenpolitik, deren der amerikanische Kapitalismus bedarf, um sich auch weiter, trotz sehr mäßigen Leistungen, an der Macht zu halten . . . Mr. Truman ist dem amerikanischen Volk ein gutes Stück auf einer sehr gefährlichen Straße vorausgegangen. Ich glaube, es darf mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß ihm die britische Regierung — trotz anglo-russischen Schwierigkeiten — auf diesem Wege nicht folgen wird. Denn eine Arbeiterregierung, die sich zum Ziele setzt, Großbritannien in eine sozialisti-

³⁾ Man halte neben diese Feststellung die jüngste Note der Vereinigten Staaten an die *rumänische* Regierung, die „nachdrücklich“ gegen die „weitgehende Beraubung der bürgerlichen Freiheiten, die das rumänische Volk erleidet“, protestiert . . .

sche Demokratie umzuwandeln, muß eine sozialistische Außenpolitik betreiben, wenn sie ihre innenpolitischen Ziele erreichen will. Sie darf sich darum nicht auf die Geleise einer amerikanischen Außenpolitik manövrieren lassen, die darauf abzielt, die kapitalistischen Gehege vor dem Eindringen des Sozialismus zu schützen. Ein Einschwenken auf diese Linie müßte sie in Widersprüche verwickeln, die den wesentlichen Zielen der Regierung Mr. Attlees zum Verhängnis würden.»

Das ist durchaus richtig gedacht. Aber tatsächlich läßt sich eben die Labourregierung doch immer mehr auf die Geleise einer höchst bedenklichen, sicherlich nicht stark sozialistisch orientierten, amerikanischen Außenpolitik manövrieren. Nicht ohne verständlichen Grund! Die *wirtschaftliche Lage* Englands wird ja zusehends schlechter. Trotz allen Einschränkungen und Entbehrungen, die es sich auferlegt, führt Großbritannien im Vergleich zu seinem Export immer noch viel zu viel ein. Die letztjährige amerikanische Anleihe half zwar bisher das daraus entstehende Defizit ausgleichen. Aber mit diesen Dollars wird es ziemlich bald zu Ende sein, und da der britische Export angesichts der übermächtigen amerikanischen Konkurrenz vorerst nicht genug Geld ins Land hereinbringen kann, so wird England nur noch die Wahl haben, entweder den Riemen *noch* enger zu schnallen oder aber einen neuen amerikanischen Kredit, diesmal wohl im Rahmen des Marshall-Planes, nachzusuchen. Vielleicht wird es auch beide Möglichkeiten probieren. Auf jeden Fall nähert sich Großbritanniens Volks- und Staatswirtschaft rasch einer kritischen Lage, und wenn die Anzeichen nicht sehr täuschen, so wird sich die Labourregierung vor allem dadurch zu helfen suchen, daß sie sich *noch* stärker auf Amerika stützt als bisher. Die Eilfertigkeit, mit der Bevin das von Marshall ausgeworfene Rettungsseil (oder ist es vorerst nur ein Strohalm?) ergriffen hat, deutet ebenso bestimmt in dieser Richtung wie Bevins jüngster Ausspruch: «Solange ich an der Spitze des Außenministeriums stehe, wird Großbritannien aufs engste mit den Vereinigten Staaten zusammenarbeiten.»

Das heißt aber, daß England keinen Anspruch mehr darauf macht, einen eigenen außenpolitischen Weg zu gehen, sondern — wenn auch resigniert — bereit ist, den amerikanischen Weg mitzugehen. Es wird seine weltpolitischen Stellungen nicht soweit abbauen, daß Amerika dadurch in ernstliche Verlegenheit käme, obwohl ihre Aufrechterhaltung auch nur in dem heutigen, gegen früher so gewaltig verminderten Maße mehr und mehr *über* seine Kraft geht. Es wird in der Deutschlandpolitik wie überhaupt in der Organisation eines rußlandfreien Westeuropa grundsätzlich auf Seiten Amerikas stehen. Es wird sich aber auch in seiner inneren Politik befinden, wie weit es mit der Sozialisierung noch gehen kann, ohne den großen Freund und Geldgeber jenseits des Ozeans allzusehr vor den Kopf zu stoßen. Kurz, es

wird in allen entscheidenden Dingen die Initiative den Vereinigten Staaten überlassen und sich darauf beschränken, an eigener Aktion soviel zu retten, wie unter den gegebenen Umständen eben noch möglich ist. Man mag das bedauern, mag finden, daß ebenso wie England auf Amerika, so auch Amerika auf England angewiesen ist, und sich insbesondere an die alte Wahrheit erinnern, daß der Schuldner den Gläubiger oft mehr in der Hand hat als dieser den Schuldner. An der Tatsache selber, daß sich das Verhältnis England-Amerika mehr und mehr in der angedeuteten Richtung entwickelt, ist kein Zweifel mehr möglich.

Kein Wunder aber, daß radikal denkende Engländer immer tiefer von der Notwendigkeit einer völligen Umkehr der britischen Außenpolitik durchdrungen werden. F. A. Lea zum Beispiel, der Redaktor der antimilitaristischen «Peace News», setzt sich kräftig dafür ein, daß England seine weltpolitische *Neutralität* erklären und bis auf die Aufrechterhaltung einer bloßen Polizeimacht für innere Ordnungszwecke völlig *abrüsten* solle.

„Ich bin“, so sagte Lea, „nicht so sanguinisch, daß ich annähme, unsere Neutralität würde geachtet werden, wenn zwischen den beiden Erdhälften Krieg ausbrechen sollte. Aber ein neutrales, abgerüstetes England würde klarerweise nicht in größerer Gefahr stehen als ein bewaffnetes. Und was für Großbritannien, das gilt auch für alle anderen Länder Westeuropas. Sie haben nichts zu verlieren durch die Abrüstung — nichts als ihre Ketten.

Hingegen hätten sie viel zu gewinnen. Denn während ein Vereinigtes Europa, so wie Churchill (und vielleicht Truman) es auffaßt, notwendigerweise wie ein sowjetgegenerischer Block ausfähe und es vielleicht auch wäre, könnte ein neutrales, abgerüstetes Europa das in keiner Weise. Die Verwendung seiner Arbeits- und Wirtschaftskräfte zu aufbauenden Zwecken statt zu Rüstungen würde es nicht allein in stand setzen, den Kommunismus in Schranken zu halten, sondern es gleichzeitig sogar von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich weniger abhängig machen, als das gegenwärtig der Fall ist.

Ich glaube, Rußland wie Amerika würden die Neutralität eines solchen Europa oder Großbritannien bereitwillig garantieren, wenn auch nur in Anerkennung der offenbaren Tatsache, daß keines von beiden dem anderen dessen Besetzung erlauben würde, ohne damit einen Krieg heraufzubeschwören... Wenn aber der unmögliche Fall einträte und Rußland oder Amerika ruhig zusehe, wie der andere Europa verschlänge, so würde ein derart ‚friedlich‘ besetztes Europa weit bessere Aussicht haben, seine Kultur zu retten, als wenn es zuvor in einem hoffnungslosen Versuch zu bewaffnetem Widerstand atomisiert worden wäre.“

Was insbesondere auch für die *Schweiz* gilt! Aber wer hört heute noch auf solche Stimmen, aus denen die natürlichste Vernunft ebenso deutlich spricht wie das wache und erschütterte Gewissen?

Frankreich im Kampf In der verschärften Auseinandersetzung zwischen Rußland und den angelsächsischen Mächten hat die Französische Republik noch nicht endgültig Stellung genommen. Wohl hat sich ihre Regierung in der letzten Zeit immer deutlicher auf die Seite Englands und besonders Amerikas ge-

stellt, auf das es auch materiell aufs stärkste angewiesen bleibt; aber die Rolle, die es auf dem internationalen Plan spielen wird, hängt schließlich wohl doch vom Ergebnis des *innerpolitischen* Kampfes ab, in den es sich jetzt verwickelt sieht.

Den Hintergrund dieses Kampfes bildet die große wirtschaftliche und soziale Not, unter der das französische Volk seit seiner Ausplünderung durch die Deutschen leidet, eine Not, die mit der Befreiung von der Fremdherrschaft keineswegs verschwunden ist. Mit dieser Befreiung verbindet sich ja eine eigentliche Tragödie. Die Hoffnung auf eine nationale Erneuerung, die der Vertreibung der Deutschen folgen werde, ist elendiglich enttäuscht worden; die alten Mächte, vor allem die kapitalistisch-klerikale Reaktion, haben Schritt für Schritt den verlorenen Boden zurückerobert; die Vierte Republik ist — abgesehen von der Fassade — nicht viel anderes als die Geschäftsnachfolgerin der Dritten, mit all ihren Schwächen, Fehlern und Lastern.

Bei dieser Restaurierung des anciens régimes hat *amerikanischer* Einfluß auf besonders verhängnisvolle Weise mitgewirkt. Schon die Botschafter Bullitt und Leahy hatten da vor und während der Besetzung tüchtig vorgearbeitet; das Kernstück der amerikanischen Intervention zugunsten der französischen Rechten bildet aber, wie Walter Gyßling in der «Roten Revue» darlegt, «jenes Abkommen mit de Gaulle, wonach die provisorische Regierung den Verwaltungsapparat Vichys zu übernehmen habe». «Nach der Befreiung oder, wie manche Franzosen sagen, unter der amerikanischen Besetzung des Landes, hat dann das Zusammenspiel zwischen französischer und amerikanischer Bourgeoisie gegen die soziale Erneuerung Frankreichs in mannigfaltiger Form seine Fortsetzung genommen» — zuletzt durch die mehr oder weniger direkten Ausstrahlungen, die von den Weltbankkrediten auf die französische Innenpolitik und die Zusammensetzung der französischen Regierung ausgegangen sind.

Die Lage, die dadurch entstanden ist, spiegelt sich besonders klar in der Behandlung der *Preis-Lohn-Frage* wider, die jetzt im Mittelpunkt des innerfranzösischen Kampfes steht. Auf dem Boden des herrschenden Wirtschaftssystems ist diese Frage natürlich nur in kapitalistischem Sinne zu «lösen». Das heißt: da der Kapitalgewinn nicht geschmälert werden darf, so sind Lohnerhöhungen, welche die Preissteigerung einigermaßen ausgleichen sollen, grundsätzlich nur bei neuen Preissteigerungen «tragbar»; denn die andere Möglichkeit, die Preise zu senken und dadurch Lohnerhöhungen überflüssig zu machen, käme einer Stärkung der Kaufkraft und damit der sozialen Stellung der Arbeiter und Angestellten gleich und ist deshalb für die kapitalistische Klasse ebenfalls ausgeschlossen.

Die Aufgabe einer Regierung, die keine grundlegenden sozialen Veränderungen will, kann unter solchen Umständen nur die sein, die

Durchführung der «Gesetze» der kapitalistischen Wirtschaft zu sichern unter Vermeidung allzu stoßender Härten für die Lohnempfänger. Das ist denn auch die Rolle, die jetzt das Kabinett Ramadier spielt, wobei es freilich dem linken Flügel der Sozialisten, der an den beiden letzten Parteitag bis nahe an die Mehrheit herankam, immer unbehaglicher zumute wird. Die Kommunisten wollten bei diesem Spiel von vornherein nicht mitmachen und traten deshalb aus der Regierung aus, ohne aber stark genug zu sein, ja wahrscheinlich ohne auch nur den festen Willen zu haben, von außen her, gestützt auf die Arbeiter- und Angestelltenchaft, eine revolutionäre Umgestaltung von Staat und Wirtschaft herbeizuführen. Sie haben sich damit glücklich zwischen Stuhl und Bank gesetzt und werden sich wohl vergeblich bemühen, wieder in eine Regierung hineinzukommen, deren Träger froh sind, die Kommunisten vermeintlich so billigen Kaufes losgeworden zu sein. Vermeintlich, sagen wir; denn in Wirklichkeit wird ja wohl der Preis für die Ausschaltung der Kommunistischen Partei, hinter der die große Masse der politisch und gewerkschaftlich organisierten französischen Arbeiterchaft steht, die Aufrichtung eines offen autoritär-kapitalistischen Regimes sein, auf dessen Kommen alles hindeutet, nicht zuletzt auch das merkwürdige «Komplott gegen die Vierte Republik», das jüngst aufgedeckt worden ist, und dessen Urhebern außer reichen Geldmitteln eine Truppe von nicht weniger als 25 000 Mann zur Verfügung gestanden haben soll. Der Anschluß Frankreichs an den angelsächsischen Block wird dann jedenfalls keine Hindernisse mehr auf seinem Weg finden ⁴⁾.

Und Deutschland? Wo ist nun aber der Platz *Deutschlands* in dem großen Ringen zwischen Ost und West? Sein *natürlicher* Platz wäre der eines Ausgleichers und Vermittlers zwischen den beiden Welten, wie das seiner vom Ersten Reich bereits deutlich erfaßten europäischen Lage und Aufgabe entspräche. Aber

⁴⁾ Es freut mich, in diesem Zusammenhang auf das Erscheinen der ersten Nummer des „*Socialiste Chrétien*“ hinweisen zu können, des neuen Monatsblattes der religiösen Sozialisten Frankreichs, die unserer im letzten Jahre in Konolfingen wieder aufgerichteten Internationale angeschlossen sind. Sein Motto ist: „Revolutionär, weil Christ“, und im einführenden Artikel heißt es: „In dieser Epoche, da der Kapitalismus jeden Tag seine Schädlichkeit offenbart, da der Profitantrieb alle Tätigkeiten verdirbt, da die menschliche Person durch die Herrschaft der Wirtschaftskräfte verflakt wird, glauben wir, daß ein Christ nur revolutionär sein kann und verpflichtet ist, gegen das bestehende Regime einen erbarmungslosen Kampf zu führen. An Stelle der Privilegienherrschaft, die den Klassenkampf unvermeidlich macht, wollen wir eine brüderliche, klassenlose Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre besten Anlagen und Kräfte zu entfalten.“ Man sieht, worauf es unseren französischen Freunden in erster und letzter Linie ankommt!

Deutschland ist ja, unter dem Einfluß des preußischen Gewaltstaates, der sich inzwischen gebildet hatte, im Zweiten und vollends im Dritten Reich von dieser seiner föderativen Aufgabe gänzlich abgefallen und zur Strafe nun in einem derartigen Maße das Opfer der europäischen Zerrissenheit geworden, daß es zur selbständigen Gestaltung seines Schicksals vorläufig überhaupt nicht mehr fähig zu sein scheint. Diesen Eindruck bekommt man besonders stark aus den Antworten auf eine große Rundfrage, die «*Esprit*» unter Deutschen aller Schichten und Bekenntnisse veranstaltet hat, und die im Juniheft der wertvollen französischen Zeitschrift gesammelt sind. Zwei oder drei Hinweise müssen hier genügen.

Der *Westen* und seine Demokratie wird im allgemeinen vom deutschen Volk enttäuscht, verbittert oder zynisch abgelehnt. «Die Methoden, die gegenwärtig das Geschick Deutschlands durch Vermittlung des Kontrollrates bestimmen, unterscheiden sich kaum von den Nazimethoden», so lautet eine typische Äußerung. «Verbot von Kritiken an der Regierung, Presseknäuelung, Aufhebung des Telephon- und Briefgeheimnisses, Ausnahmegerichte, die drakonische Strafen aussprechen, Denunziationen, willkürliche Verhaftungen und Abschub in die Konzentrationslager, kurz Willkürherrschaft auf der ganzen Linie — alles haben wir, was so viel Haß gegen das deutsche Naziregime erregt hatte.» Was insoweit natürlich ungerecht ist, als Deutschland zur Zeit autoritär regiert werden *muß*; ihm das Selbstbestimmungsrecht zu geben, hieße nicht die Demokratie verwirklichen, sondern einen neuen, mit elementarer Macht hervorbrechenden Nazismus entfesseln.

Auf der andern Seite herrscht gegenüber dem *Kommunismus* und der Sowjetunion überall in Deutschland eigentlicher Haß und tiefer Abscheu, gesteigert durch die Abtrennung des deutschen Ostens und die Vertreibung der dort ansässig gewesenen Bevölkerung⁵⁾. Aber, so

⁵⁾ Daß zu dieser Stimmung auch die Westalliierten einiges beigetragen haben, steht außer Zweifel. Einem Privatbrief aus Berlin, der von einem sehr kompetenten britischen Beobachter stammt, entnehme ich die folgende Stelle: „Die Richtlinien, die unsere Verwaltung in der englisch-amerikanischen Zone herausgibt, unterstützt von der fast einmütigen Stimme der Weltpresse, haben sicher eines erreicht: die Rehabilitierung des deutschen Volkes, dem sie bei der Wiederbelebung des Nazismus sicher helfen. Das deutsche Volk sagt tatsächlich: Jetzt gebt ihr zu, daß ihr einen Fehler gemacht habt. Unser Führer hatte recht. Die Bolschewiki sind der Feind des Menschengeschlechtes. Wir trugen die Hauptlast des Kampfes, und infolgedessen sind unsere Städte zerstört und unsere Länder uns genommen worden. Wir leiden Hunger. Was tut aber ihr dagegen? — Die Deutschen sind tatsächlich von Verbrechern zu Märtyrern aufgestiegen. Was immer möglich ist, um irgendeine Handlung Rußlands falsch darzustellen, das wird getan. Und doch geht aus unseren persönlichen Nachforschungen hervor, daß Rußland nichts getan hat, was mit dem verglichen werden könnte, was wir in Griechenland getan haben. Man stelle sich vor, daß wir eine Regierung unterstützen, die erst vor 14 Tagen drei Frauen hin-

meint ein hochgestellter deutscher Politiker, das kann sich ändern. Die Lage in den westlichen Zonen entwickelt sich derart, daß sich den Kommunisten erhebliche Aussichten eröffnen. «Außerdem stellt Rußland für Deutschland den besten Wirtschaftspartner dar, und Deutschland wird dank seiner Intelligenz und seinem Arbeitswillen in einem von Rußland beherrschten Europa einen hervorragenden Platz einnehmen. Rußland wird sich in fünf oder sechs Jahren erholen können (?), und dann könnte man die Möglichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes ins Auge fassen. Die Russen werden den Rhein überschritten haben, bevor die angelfächsischen Truppen Zeit gehabt haben, eine aktive Verteidigung zu organisieren. Es sieht nicht so aus, als werde die französische Armee allein die Flut der russischen Armeen aufhalten können, so daß dann eben ganz Westeuropa von den Russen überschwemmt werden wird.»

Wir sind gewarnt! So stoßen wir auch auf dieser Linie wieder auf die Frage, die sich uns schon bei der Auseinandersetzung mit der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan immer wieder gestellt hatte: Was muß geschehen, damit der katastrophale Zusammenstoß zwischen Ost und West, dessen Folgen bei einem Wiederausbruch des deutschen Nationalismus doppelt fürchterlich werden müßten, *nicht* eintritt? Wenn Mittel- und Westeuropa *nicht* bolschewisiert, nicht doch noch nazifiziert werden soll, was müssen dann seine Völker und seine Freunde in andern Weltteilen tun, um die Gefahr, die sie fürchten, abzuwehren?

Und wiederum müssen wir antworten, wie wir schon so manchemal geantwortet haben: Es genügt nicht, ja es ist sogar das Verkehrteste, was man tun könnte, diese Gefahr recht grell an die Wand zu malen, sich einfach für die Erhaltung der staatsbürgerlichen und persönlichen Freiheiten und der Schätze der abendländischen Kultur zu entflammen und zum Kreuzzug gegen den «asiatischen Despotismus» aufzurufen mit dem Schlachtgeschrei: «Völker Europas, waret eure heiligsten Güter!» Hinter diesem ganzen Getöse stehen ja als tätigste Antreiber Mächte, die alles andere, nur kein Recht haben, sich als Vorkämpfer von Freiheit, Kultur und Menschenrecht zu gebärden.

richten ließ, darunter eine junge Lehrerin, weil sie das Verbrechen begangen hatten, junge Männer zur Auflehnung gegen eine Regierung zu ermutigen, die solcher Schandtaten fähig ist.“ — Soweit der Brief aus Berlin. Neuerdings wird aus Athen gemeldet, daß die griechische Regierung in ihrer Ausrottungsaktion gegen die „Kommunisten“ (in Wahrheit: die nur zu einem geringen Teil aus Kommunisten bestehende aktive Widerstandsbewegung) fortfahre und sich die ausdrückliche Zustimmung der angelfächsischen Mächte dazu gesichert habe.

Wie ein politischer Kommentator der «Peace News» unlängst zutreffend schrieb:

„Ueber die tiefere Frage, ob die amerikanische Finanz die westliche Kultur retten könne, mache ich mir keine Illusionen... Die Vereinigten Staaten sind wie England, Frankreich und Deutschland durch einen verzehrenden Materialismus verdorben und ausgehöhlt worden. Der amerikanische Kapitalismus ist ein Gemengel widerstreitender Interessen, die beständig auf der Lauer nach der großen Chance liegen. Seine Rücksichtslosigkeit ist erschreckend. Jedes Gebiet in den Vereinigten Staaten hat seine Finanzräubergeschichten, während die Macht des Geldes über die öffentliche Meinung, ausgeübt durch Presse, Kino, Radio und oft durch kulturelle und religiöse Einrichtungen, den Menscheng Geist durch Vervielfachung der Begierden verkrüppelt hat. Und was England betrifft — ist nicht sein Streben nach Produktionssteigerung durch die Aussicht und das Verlangen nach einem geldmäßig hohen Lebensstand veranlaßt? Eben dieser Materialismus aber hat uns in die gegenwärtige Sackgasse geführt. Kann man aus ihr durch das gleiche Uebel herauskommen, das in sie hineingeführt hat? Die Rettung liegt national und international in der Annahme geistiger Werte als der obersten Lebenszwecke.“

Konkret gesprochen: Solange Europa und Amerika an der kapitalistischen Besitz- und Produktionsordnung festhalten und das «freie Unternehmertum», den freibeuterischen Individualismus als Ideal verherrlichen, ist die Völkernot nicht zu beheben, ist der Krieg nicht aus der Welt zu schaffen, sind Freiheit und Menschenrecht niemals zu sichern. Der Sieg über den Faschismus hätte darum zum Sieg auch über den Kapitalismus, mindestens in der Alten Welt, ausgenützt werden sollen, wenn gründliche Arbeit geleistet werden wollte. Die herrschenden Klassen haben das in weiser Voraussicht hintertrieben. Statt einen Weltkampf gegen den Kapitalismus und den von ihm ausgehenden Imperialismus sich entwickeln zu lassen, haben sie den Weltkampf gegen den Kommunismus und gegen die Sowjetunion proklamiert — und ein nicht geringer Teil der Sozialisten und Christen aller Länder ist darauf hineingefallen. So droht nun eben, wenn nicht die Umkehr rechtzeitig einsetzt, die fällige soziale Umwälzung in einer Gestalt zu kommen, die weder den freiheitlichen Sozialisten noch den ernsthaften Christen gefallen kann. Aber sie werden sich dann beide wohl oder übel, im Bewußtsein ihres Verfassens, damit abfinden und nachträglich dem amerikanischen Prediger *Pierre van Paasen* recht geben müssen, der in einer weitverbreiteten, aufsehenerregenden Kanzelrede dieses Frühjahr in Boston sagte:

„Professor Ragaz, der große schweizerische Unitarier und Kämpfer für das Reich Gottes auf Erden, fragte mich einmal: ‚Wissen Sie, warum Marx kam? Marx kam, weil Christus nicht kommen durfte.‘ Und ich sage Euch heute: Wenn die Kirche Christi jetzt, in dieser bedeutamen Stunde, ihrem Meister nicht zu folgen wagt, um den Preis unauhörlichen Aufwandes von Kraft, Schweiß, Blut und Tränen, ja um den Preis des Kreuzes und neuer Katakomben und Verfolgungen, wenn sie nicht ihr Aeuserstes tut, um den Traum und das Ideal des Reiches Gottes auf Erden jener alten Ordnung entgegenzusetzen, die Krieg und Elend ebenso natürlich und regelmäßig hervorbringt, wie der Regen Giftpilze im Wald hervorbringt, so werden es eben andere tun. Und diese anderen werden dann, wie man sie auch heißen und

etikettieren mag, ob Ungläubige oder Antichriften oder Satansbrut, in Wirklichkeit die Militia Christi sein, das heißt die Kraft, die durch ihren Gerechtigkeitsfinn und ihre Liebe und ihren Opfergeist das Werk vollenden wird, das Jesus mit seinem Tod auf Golgatha begonnen hat.“

Wer Ohren hat zu hören, der höre!

10. Juli.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Ein Ruck nach vorwärts . . . Noch immer schwingt etwas von der Freude, die wir am Abend des 6. Juli empfanden, in den Aeuserungen der öffentlichen Meinung über die Annahme der *Alters- und Hinterbliebenenversicherung* nach. Und mit Recht! Wir hatten eine *wichtige* Bejahung der Vorlage gewünscht und erwartet; aber die geradezu *überwältigende* Mehrheit, die das Gesetz tatsächlich gefunden hat, war doch für uns alle eine freudige Ueberraschung und ein Lichtblick in dem Dunkel, das sonst über unserer Lage gebreitet ist. Für diesen Durchbruch solidarischer Gesinnung im Schweizervolk — denn der bloße Appell an den Eigennutz hätte niemals ausgereicht, um die Vorlage zum Sieg zu führen, ja er stellte eine ernste Gefahr für sie dar — sind wir herzlich dankbar; es hat sich gegen früher doch einiges geändert in unserem politischen Klima!

Nun aber heißt es: Nicht stehen bleiben, sondern den Ruck nach vorwärts, der geschehen ist, zur weiteren Ausgestaltung und Befestigung der sozialen Sicherheit ausnützen! Ich denke dabei an Dinge wie die Invalidenversicherung, die Mutterchaftsversicherung, die Revision der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie der Altersversicherung selber (im Sinne der Erhöhung der Renten), überhaupt an all das, was ein schweizerischer Beveridgeplan in sich schließen müßte. Lassen wir ja nicht die Vorstellung aufkommen, das Volk habe mit der Annahme dieses «größten Sozialwerkes aller Zeiten» (wie sich ein Arbeiter in einer Zuschrift an eine Zeitung ausdrückte) eine Höchstleistung sozialpolitischen Reformwillens vollbracht, die in vielen Jahrzehnten nicht mehr überboten werden könne. Nein, es war wirklich nur eine *Mindestleistung*, die von ihm verlangt wurde, und wir werden noch vor ganz anders umwälzende Aufgaben gestellt werden, wenn wir den Notwendigkeiten unseres Gemeinschaftslebens wirklich gerecht werden wollen. Rufen wir darum den Solidaritätswillen des Volkes weiterhin kräftig zur Tat auf und machen wir insbesondere der öffentlichen Meinung klar, daß die Altersversicherung und die